

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit, in der die Fundamente unserer offenen, demokratischen Gesellschaft so stark gefordert werden wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wenn wir heute über die Sicherheit und die Zukunft unseres freiheitlichen Zusammenlebens sprechen, kommen wir nicht umhin, ein Phänomen klar und unmissverständlich beim Namen zu nennen: den politischen Islamismus und seine verschiedenen Facetten.

Um die heutige Lage zu verstehen, müssen wir Begriffe präzise definieren. Das Wort „Dschihad“ bedeutet im theologischen Ursprung des Islam die „Anstrengung auf dem Weg Gottes“, was von vielen Gläubigen historisch und gegenwärtig als innerer, moralischer Wandel verstanden wird. Doch im politischen Extremismus wurde und wird dieser Begriff radikal umgedeutet. Für dschihadistische Netzwerke ist er zur Rechtfertigung von bewaffnetem Kampf und Terror gegen Andersdenkende geworden.

Ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte zeigt, welche verheerenden Folgen diese Ideologie haben kann.

1988 wurde über Lockerbie ein Passagierflugzeug der Pan Am durch eine Bombe zerstört. 270 Menschen kamen ums Leben. Der Anschlag wurde später libyschen Agenten zugerechnet und steht beispielhaft für den internationalen Terrorismus dieser Zeit.

Eine neue Dimension erreichte der jihadistische Terror am 11. September 2001. Die Terrororganisation Al-Qaida entführte vier Passagierflugzeuge. Zwei wurden in das World Trade Center in New York gesteuert – heute vor genau 25 Jahren – eines in das Pentagon. Das vierte Flugzeug stürzte nach dem Widerstand der Passagiere in Pennsylvania ab. Fast 3.000 Menschen wurden ermordet.

9/11 war nicht das Ende, sondern ein Wendepunkt. Al-Qaida und ihre Nachfolge- und Ablegerorganisationen führten den Terror weltweit fort. Die Anschläge von Madrid 2004 und London 2005, die zahlreichen Anschläge im Irak und in Afghanistan sowie die Anschläge von Mumbai 2008 zeigten, dass jihadistische Netzwerke längst international operierten.

Aus Teilen dieser Bewegung entstand später der sogenannte „Islamische Staat“, der in Syrien und im Irak ein Terrorregime errichtete. Massaker an Jesiden, Christen, Schiiten und anderen Minderheiten, systematische Versklavung, Folter und öffentliche Hinrichtungen gehörten zu seiner Herrschaft. Auch außerhalb seiner damaligen Herrschaftsgebiete verübte oder inspirierte der IS Anschläge: etwa in Paris 2015, in Brüssel 2016, in Nizza 2016 und in zahlreichen weiteren Städten.

Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die Opfer islamistischen Terrors sind keineswegs ausschließlich westliche Gesellschaften. Besonders häufig trifft es Menschen in muslimisch geprägten Ländern. Al-Qaida, der IS, Boko Haram, Al-Shabaab und andere jihadistische Organisationen haben zehntausende Menschen ermordet und ganze Gesellschaften destabilisiert.

Doch Terrorismus ist kein ausschließlich islamistisches Phänomen. Auch Deutschland hat eine lange Geschichte politischen Terrors von links.

Die Rote Armee Fraktion, kurz RAF, verübte über Jahrzehnte Morde, Bombenanschläge, Entführungen und Banküberfälle. 1977 erreichte der sogenannte „Deutsche Herbst“ einen Höhepunkt: Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wurde entführt und ermordet. Zuvor waren unter anderem Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Bankier Jürgen Ponto ermordet worden. Die RAF verstand ihre Gewalt als revolutionären Kampf gegen den demokratischen Staat und seine gesellschaftliche Ordnung.

Auch die Bewegung 2. Juni und die Revolutionären Zellen verübten in Deutschland und darüber hinaus schwere terroristische Anschläge. Menschen wurden ermordet, entführt und verletzt – nicht weil sie persönlich Schuld auf sich geladen hatten, sondern weil sie als Vertreter eines verhassten politischen oder gesellschaftlichen Systems betrachtet wurden.

Diese Geschichte erinnert uns an eine wichtige Grundregel: Terrorismus muss unabhängig von seiner ideologischen Begründung bekämpft werden. Ob Menschen im Namen einer vermeintlichen Revolution, einer rassistischen Ideologie oder einer religiös begründeten Herrschaftsideologie ermordet werden – der Rechtsstaat darf bei der Bewertung der Tat nicht mit zweierlei Maß messen.

Seit 9/11 hat sich die Bedrohungslage weiterentwickelt. Neben dem offenen Terrorismus von Organisationen wie Al-Qaida oder dem IS sehen sich westliche Demokratien zunehmend mit subtileren Herausforderungen konfrontiert. In Debatten der Sicherheitsbehörden wird in diesem Zusammenhang auch vor legalistischen islamistischen Strategien gewarnt. Damit ist der Versuch gemeint, über langfristig aufgebaute Einflussnetzwerke politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen und demokratische Institutionen sowie die freiheitliche Ordnung von innen heraus zu verändern. Wo solche Bestrebungen darauf abzielen, demokratische Grundprinzipien durch religiös begründete Herrschaftsvorstellungen zu ersetzen, müssen sie klar benannt und rechtsstaatlich bekämpft werden.

Eng verknüpft mit dieser ideologischen Strömung ist ein weiteres gravierendes Problem: der islamistische Antisemitismus.

Das Feindbild „des Juden“ oder die fundamentale Ablehnung des Existenzrechts Israels sind in Teilen des islamistischen Spektrums zentrale ideologische Elemente. Hier vermischen sich ältere antisemitische Verschwörungsmythen mit einer radikalen religiösen und politischen Ideologie. Dies gefährdet jüdisches Leben mitten in unseren Städten und stellt einen direkten Angriff auf die Menschenwürde dar.

Doch wenn wir Antisemitismus ernst nehmen, dürfen wir nicht nur in eine politische Richtung schauen.

Antisemitismus kann religiös begründet sein. Er kann rassistisch begründet sein. Er kann rechtsextrem sein. Und er kann sich auch in einem vermeintlich „progressiven“ oder „antikolonialen“ Gewand zeigen.

Deshalb müssen wir auch dort widersprechen, wo Israelhass und die Delegitimierung des jüdischen Staates aus dem linken politischen Spektrum kommen.

Ein aktuelles Beispiel finden wir direkt hier in Niedersachsen.

Auf dem Landesparteitag der Partei Die Linke Niedersachsen im März dieses Jahres wurde ein Beschluss gefasst, der den Titel trägt: „Die Linke Niedersachsen lehnt den heute real existierenden Zionismus ab.“ In dem Beschluss wird der politische Zionismus unter anderem mit Rassismus, Besatzungspolitik und militärischer Gewalt verbunden. Außerdem werden gegenüber Israel die schwerwiegenden Vorwürfe des „Genozids“ und der „Apartheid“ erhoben.

Ich sage ausdrücklich: Selbstverständlich darf die Politik jeder israelischen Regierung kritisiert werden. Selbstverständlich darf man über die Situation der Palästinenser sprechen. Selbstverständlich darf man über Krieg, Siedlungspolitik und Menschenrechtsverletzungen diskutieren.

Aber Kritik an einer Regierung ist etwas anderes als die pauschale Delegitimierung der nationalen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes.

Zionismus bedeutet in seinem Kern zunächst, dass auch Juden ein Recht auf nationale Selbstbestimmung haben. Wer diese Selbstbestimmung grundsätzlich zum Problem erklärt und den „real existierenden Zionismus“ pauschal ablehnt, muss sich deshalb die Frage gefallen lassen:

Warum wird ausgerechnet beim jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zum Gegenstand besonderer moralischer Verurteilung?

Und genau hier verläuft für uns eine rote Linie.

Israel ist nicht von jeder Kritik ausgenommen. Aber Israel darf auch nicht zum einzigen Staat der Welt gemacht werden, dessen Existenz oder nationale Selbstbestimmung grundsätzlich zur Disposition gestellt wird.

Auch Boykottaufrufe gegen Israel, insbesondere im Umfeld der BDS-Bewegung, müssen wir kritisch betrachten. BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“ und zielt auf eine umfassende wirtschaftliche, kulturelle und politische Isolation Israels. Dass Teile des linken politischen Spektrums solche Forderungen unterstützen oder ihnen zumindest nahe stehen, ist kein Randthema.

Wir müssen deshalb konsequent sein: Wer Antisemitismus bekämpfen will, darf nicht mit zweierlei Maß messen.

Es reicht nicht, den Antisemitismus der extremen Rechten zu verurteilen und gleichzeitig antijüdische oder antizionistische Narrative zu verharmlosen, nur weil sie aus einem anderen politischen Milieu kommen.

Und es reicht ebenso wenig, den islamistischen Antisemitismus zu bekämpfen und gleichzeitig den Israelhass von links zu ignorieren.

Für uns gilt: Juden sind Juden – unabhängig davon, ob der Hass ihnen von rechts, von links oder aus islamistischen Kreisen entgegenschlägt.

Und Israel ist Israel – der Staat des jüdischen Volkes. Sein Existenzrecht und das Recht jüdischer Menschen auf nationale Selbstbestimmung sind für uns nicht verhandelbar.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen darf weder in pauschalem Misstrauen gegenüber allen Muslimen noch in naivem Wegschauen bestehen. Die große Mehrheit der Muslime lebt friedlich und hat mit islamistischem Terror nichts zu tun. Gerade deshalb müssen wir zwischen Muslimen und Islamisten unterscheiden.

Aber diese Unterscheidung darf nicht dazu führen, dass wir Islamismus verharmlosen. Wer Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder politischen Überzeugung verfolgt, wer Juden bedroht, wer Terror rechtfertigt oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will, muss auf den entschiedenen Widerstand des Rechtsstaates treffen.

Genauso muss jeder Form von Antisemitismus widersprochen werden, unabhängig davon, ob sie sich religiös, völkisch, nationalistisch, linksradikal oder vermeintlich antikolonial begründet.

Unsere Freiheit wird nicht dadurch verteidigt, dass wir den Terrorismus einer politischen Richtung gegen den Terrorismus einer anderen aufrechnen. Sie wird dadurch verteidigt, dass wir jede Form politisch motivierter Gewalt entschieden zurückweisen.

Lassen Sie uns gemeinsam einstehen für eine wehrhafte Demokratie, die ihre Freiheit verteidigt, Extremismus entlarvt und keinen Fußbreit Raum für Antisemitismus und Intoleranz lässt.

Eine Demokratie ist tolerant gegenüber Menschen. Sie muss aber nicht tolerant gegenüber Intoleranz sein, wenn diese die Freiheit und die Rechte anderer beseitigen will.

Vielen Dank.